

Landkreis Ravensburg

den 22. Jan. 2019

Niederschrift

über die Sitzung des Sozialausschusses
am 06.12.2018 in der Gewerbliche Schule, Gartenstr. 128, Ravensburg,
Sitzungssaal Raum 130

Dauer 14:30 Uhr bis 16:30 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 20 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers

CDU

Herr Rolf Engler

Frau Josefine Haberkorn

Herr Thomas Kellenberger

Herr Clemens Moll

Herr Peter Müller

Frau Dr. Silke Rieser

Herr Daniel Steiner

FWV

Herr Matthias Grad

Herr Hans Peter Künst

Frau Christa Stierle

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf

Frau Ursula Hilpert

Herr Siegfried Spangenberg

SPD

Herr Peter Clément

Frau Gisela Müller

FDP

Herr Prof. Dr. Bernd Steidle

Protokollführer

Frau Monika Diem

von der Verwaltung

Frau Diana E. Raedler

Dezernentin Arbeit und Jugend

Herr Jörg Urbaniak

Co-Dezernent Soziales

Frau Selda Arslantekin

zu TOP 5

Herr Jürgen Malcher

zu TOP 5

Frau Andrea Mueller

Sozial- und Inklusionsamt, zu TOP 9

Gäste

Frau Marion Müller

zu TOP 3

Abwesend:

stellvertr. Vorsitzende/r

Frau Eva-Maria Meschenmoser

CDU

Herr Eugen Abler

FWV

Herr Markus Ewald

ÖDP

Herr Prof. Dr. Wolfgang Dieing

Die Linke

Herr Wolfgang Nippe

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Angelegenheiten der Stabstelle Sozialplanung

3. 0169/2018
Weiterbildungsoffensive "Netzwerk Demenz" - Zuschusserhöhung

Angelegenheiten des Sozial- und Inklusionsamtes

4. 0186/2018
Beratungs- und Frühförderzentrum MOBILE - Zuschusserhöhung

Mitteilungsvorlagen

5. 0170/2018
Behindertenbeirat - Konzept der Kreisbehindertenbeauftragten zur Ausgestaltung
6. 0184/2018
Mietobergrenzen für angemessene Unterkunftskosten im SGB II und SGB XII - Aktualisierung
7. 0185/2018
Anpassung der Kosten der Unterkunft in stationären Einrichtungen
8. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Nichtöffentliche Sitzung

Angelegenheiten der Stabstelle Sozialplanung

9. 0180/2018
Stärkung und Weiterentwicklung der organisierten Nachbarschaftshilfe –
Zuschusserhöhung

10. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Die Mitglieder des Sozialausschusses wurden am 22.11.2018 zu dieser Sitzung eingeladen.

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist.

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Das Protokoll der vorausgegangenen Sitzung liegt noch nicht vor.

Angelegenheiten der Stabstelle Sozialplanung

3. 0169/2018

Weiterbildungsoffensive "Netzwerk Demenz" - Zuschusserhöhung

Auf die Frage von KRin G. Müller, ob sie noch etwas beantragen müsse, damit die erforderliche Mittel in den Haushalt 2019 aufgenommen werden, antwortet der Vorsitzende, dass diese Mittel im Falle der Beschlussfassung mit einem Änderungsblatt zum Kreishaushalt 2019, das wegen der Absenkung der Kreisumlage um zwei Prozent ohnehin erstellt wurde, in die Haushaltssitzung des Kreistags eingebracht werde. Sie müsse daher nichts weiter tun.

Frau M. Müller antwortet auf die Frage von KR Kellenberger, dass die Fortbildungsnachfrage im Bereich Netzwerk Demenz hoch sei und diese Fortbildungen von Ehrenamtlichen sowie pflegenden Angehörigen in Anspruch genommen werden.

Beschlussentwurf:

Das ZfP Südwürttemberg erhält für die Durchführung des Projektes Weiterbildungsoffensive „Netzwerk Demenz“ ab dem Jahr 2019 einen um 8.000 € erhöhten dynamisierten Zuschuss von insgesamt 53.000,00 €.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Angelegenheiten des Sozial- und Inklusionsamtes

4. 0186/2018

Beratungs- und Frühförderzentrum MOBILE - Zuschusserhöhung

KRin G. Müller befürwortet den Beschlussentwurf. Sie schlägt vor, zusätzlich im Jugendhilfeausschuss zu erörtern, mit welchen weiteren Maßnahmen man Kinder unterstützen könnte.

Auf die Frage von KR Kunst antwortet Frau Raedler, dass KBZO und IWO die Gesellschafter der MOBILE Beratungs- und Frühförderzentrum gGmbH seien. Sie führt aus, dass mit diesem Beschluss die Förderung der Frühförderstelle im Landkreis Ravensburg unterstützt werde.

KR Engler spricht sich für den Beschlussentwurf aus und unterstützt das Ziel, die Wartezeiten in der Frühförderstelle zu verkürzen. Er möchte wissen, wie die Prognose von MOBILE für die Zukunft aussehen werde.

Herr Urbaniak sagt zu, dass im dritten Quartal 2019 dem Fachausschuss berichtet werde, wie sich die Wartezeiten in der Frühförderstelle entwickelt haben, aus welchem Einzugsbereich die betroffenen Kinder kommen und wie viele Kinder bei der Frühförderstelle betreut werden.

KRin Haberkorn betont, dass Präventionen im frühkindlichen Alter wichtig seien.

Auf die Frage von KR Kellenberger antwortet Frau Raedler, dass MOBILE kurzfristig seelisch beeinträchtigte Kinder analysiere und unterstütze und diese ggf. auch an geeignete Fachleute wie beispielsweise Kinder- und Jugendpsychiater oder Psychologen weiter verweise.

KR P. Müller stellt fest, dass Beratungs- und Fördergespräche verstärkt von Eltern in Anspruch genommen werden würden. Er erkundigt sich nach den Wartezeiten bei anderen Frühförderstellen. Zudem bringt er ein, dass die gemeindlichen Kindergärten bereits eine heilpädagogische Fachkraft einstellen sollten, da der Bedarf vorhanden sei und die Probleme bei den Kindern zunehmen würden. Aufgrund der langen Wartezeiten bei den Frühförderstellen sei dies für die Kindergärten problematisch, da

dann mit den richtigen Therapien spät angefangen werde und die Kindergärten viel abfangen müssten.

KR Spangenberg stimmt KR P. Müller zu.

KRin G. Müller erklärt den Ablauf bei der Inanspruchnahme einer fröhsorglichen Hilfe. Sie betont, dass besonders durch den Fachkräftemangel eine Wartezeit von bis zu einem Jahr bei Fröhförderstellen vorhanden sei.

Frau Raedler bestätigt, dass der Unterstützungsbedarf stetig zunehme und auch beim Sozialpädiatrischen Zentrum Ravensburg (SBZ) lange Wartezeiten gegeben seien.

KR P. Müller möchte wissen, was man konkret gegen die lange Wartezeit unternehmen könnte. Er ist der Meinung, dass es nicht Aufgabe der Kommunen sein sollte, eine heilpädagogische Fachkraft im Kindergarten einzustellen und zu bezahlen.

Frau Raedler stellt fest, dass es für eine Gemeinde durchaus von Vorteil sei, eine pädagogische Fachkraft einzustellen. Das Problem der Finanzierung sei ihr in diesem Zusammenhang natürlich bewusst.

Frau Raeder verweist auch auf die Förderrichtlinien des Landkreises zur Eingliederung von behinderten Kindern in Kindergarten und Schule. Sie greift den Vorschlag von Herrn Müller auf, im Jugendhilfeausschuss eine Gesamtanalyse vorzustellen und zu diskutieren.

KR P. Müller und KR Spangenberg stimmen Frau Raedler zu. Sie betonen, dass die Wartezeit von allen Einrichtungen gesenkt werden müsste.

Beschlussentwurf:

Der Landkreis Ravensburg erhöht seinen Zuschuss in den Jahren 2019 und 2020 um jährlich 55.000 € zur Finanzierung einer zusätzlichen Personalstelle, um die Wartezeit für die hilfeschuchenden Eltern und ihre Kinder deutlich zu reduzieren.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Mitteilungsvorlagen

5. 0170/2018

Behindertenbeirat - Konzept der Kreisbehindertenbeauftragten zur Ausgestaltung

Herr Malcher führt die Vorlage aus und stellt zwei Konzepte für einen Beirat von Menschen mit Behinderung im Landkreis Ravensburg gegenüber. Das Ziel sei, flächendeckend eine Interessenvertretung zu schaffen.

KR Engler dankt für die Ausarbeitung. Er stellt fest, dass das modifizierte Heidelberger Konzept zu bürokratisch sei. Er spricht sich für die Zusammensetzung des künftigen Beirates in Form des Vorschlages der KBB aus.

KRin Fiegel-Hertrampf lobt das Ziel der flächendeckenden Zielsetzung für Menschen mit Behinderungen. Sie möchte wissen, wer den organisatorischen Teil des Begleit-Arbeitskreises übernehmen werde. Sie schlägt vor, jährlich die Fraktionsvertreter zu bestimmten Themen einzuladen.

KRin G. Müller spricht sich für den Vorschlag der KBB über die Zusammensetzung des Beirats aus. Sie schlägt vor, diesem Beirat auch Sitzungsgeld zu gewähren.

Frau Raedler teilt mit, dass Mitarbeitende aus dem Themenfeld der Teilhabeplanung wie Frau Silke Schefold oder Herr Moritz-Peter Schade den organisatorischen Teil übernehmen könnten.

Frau Arslantekin ergänzt, dass der Beirat mit einem überschaubaren Personenkreis effizienter arbeiten könne.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

6. 0184/2018

**Mietobergrenzen für angemessene Unterkunftskosten im SGB II und SGB XII -
Aktualisierung**

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

7. 0185/2018

Anpassung der Kosten der Unterkunft in stationären Einrichtungen

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

8.

Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Es liegen keine Mitteilungen oder Anfragen vor.

Sozialausschuss am 06.12.2018:

Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse

Angelegenheiten der Stabstelle Sozialplanung

9. 0180/2018

Stärkung und Weiterentwicklung der organisierten Nachbarschaftshilfe - Zuschusserhöhung

Beschlussentwurf:

Zum Zwecke der Stärkung der organisierten Nachbarschaftshilfe erhöht der Kreis sein finanzielles Engagement um 50.000,00 € mit dem Vorbehalt, dass die Mittel freigegeben werden, sobald eine Gesamtkonzeption vorliegt.

Modifizierter Beschlussentwurf aufgrund des Antrags von KR Clément:

Zum Zwecke der Stärkung der organisierten Nachbarschaftshilfe erhöht der Kreis sein finanzielles Engagement um **54.200,00 €** mit dem Vorbehalt, dass die Mittel freigegeben werden, sobald eine Gesamtkonzeption vorliegt.

Beratungsergebnis: einstimmig **modifiziert** empfohlen

Z. B.

Vorsitzender

Landrat Harald Sievers

Stellvertr. Vorsitz

entfällt

Schriftführerin

Monika Diem

Kreisräte

Hildegard Fiegel-Hertrampf

Thomas Kellenberger